

Resolution 1

der Fraktion Freiheitlicher Arbeitnehmer in der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Oberösterreich, vorgelegt in der 7. Vollversammlung der XVI. Funktionsperiode am 24.05.2022 betreffend

Maßnahmen gegen die Teuerungswelle

Die Preise bei Gas, Öl und Treibstoffen explodieren und folglich sind auch die Lebenshaltungskosten für private Haushalte gestiegen. Viele Familien wissen schon heute nicht mehr, wie sie ihre Rechnungen für „ihr tägliches Leben“ zukünftig bezahlen können. Die Hintergründe der aktuellen Preissteigerungen liegen nicht nur allein an der kriegerischen Auseinandersetzung im Osten Europas, sondern haben auch mit Lieferengpässen von Rohstoffen (folgen der weltweiten Coronapandemie) und einer völlig abgehobenen Klimapolitik der Bundesregierung. Hier stehen die österreichischen Familien und Haushalten noch Monate (wenn nicht Jahre) vor enormen Belastungen in vielen Bereichen bevor.

Die Inflation (aktuell bei über 6%) schlägt dabei vor allem bei jenen Gütern zu, die für die Bürger unverzichtbar sind. Hauptbetroffen sind die Bereiche Verkehr und Wohnen, beide vor allem getrieben durch explodierende Energiepreise sowohl für Treibstoff als auch für Strom und Gas. Die Teuerung macht sich jedoch auch in vielen anderen Bereichen - etwa bei Nahrungsmitteln - bemerkbar und wird dort durch die gestiegenen Kosten für Produktion und Transport von Gütern weiter anwachsen.

Die Vollversammlung der Arbeiterkammer Oberösterreich fordert daher von der Bundesregierung:

- Sofortige massive Steuersenkung auf Benzin und Diesel durch Halbierung beziehungsweise bei weiteren Preisanstiegen völlige Streichung sowohl der Mehrwertsteuer als auch der Mineralölsteuer.
- Signifikante Erhöhung des Pendlerpauschale, um Arbeitnehmer zu unterstützen, die für den Weg zum Arbeitsplatz auf ihr Auto angewiesen sind.
- Sofortige Streichung der im Zuge der Steuerreform beschlossenen CO2-Abgabe, um einen weiteren Preisanstieg bei Treibstoffen zu verhindern.
- Einführung eines bundesweiten Heizkostenzuschusses für bedürftige Personen in der Höhe von mindestens 300 Euro pro Haushalt und Jahr.
- Automatische Inflationsanpassung sämtlicher Versicherungs-, Familien- und Sozialleistungen, insbesondere der Pensionen, des Arbeitslosengeldes sowie der Familienbeihilfe und des Pflegegeldes.
- Signifikante Lohnerhöhungen für Arbeitnehmer, welche die Teuerung in vollem Umfang abdecken.
- Evaluierung von Sanktionen gegen Russland wegen des Krieges in der Ukraine hinsichtlich der finanziellen Auswirkungen auf die Österreicher - Keine Sanktionen, mit denen die österreichische Wirtschaft benachteiligt wird und heimische Arbeitsplätze gefährdet werden!